

Die französische Krise.

Die durch die Wahlen in Frankreich und Deutschland gekennzeichnete Duplizität der Ereignisse scheint sich in Parallelscheinungen fortzusetzen: diesseits und jenseits des Rheins Ministerkrisen, die nicht gerade stürmisch verlaufen, nur daß diese in Paris, genau genommen, erst mit dem am 1. Juni erfolgenden Rücktritt Poincarés beginnt und in der Zwischenpause in aller Ruhe der Schriftwechsel mit neuen Männern vorgenommen werden kann. Wenn nicht alles trügt, wird der Staatspräsident Millerand den Oberbürgermeister von Lyon, Herriot, als Wortführer der neuen Linksmehrheit mit der Feststellung der Ministertafel beauftragen, und die Sozialdemokraten werden ihm ihre, wohlwollende Neutralität nicht versagen. Diese Wahrscheinlichkeit wird indessen einigermassen durch das Dazwischenschleichen der Kandidatur Painlevés gestört.

Dieser hervorragende Repräsentant des Linksblocks, als Ministerpräsident 1917 gestürzt, bekannt als Gegner Clemenceaus, ist plötzlich als Mitbewerber um das Amt des Kammerpräsidenten aufgetaucht, nachdem er von anderer Seite als Ministerpräsident vorgeschlagen war. Aber Herriot darf, wie man aus seiner Besprechung mit dem einflussreichen Präsidenten des Senats Doumergue entnehmen will, auf die Unterstützung der Linken rechnen und scheint sie sich auch insofern auf der Rechten im Punkte der Außenpolitik gesichert zu haben, als er angeblich in Poincarés Fußstapfen zu treten zugesagt hat. Was davon Wahres ist, wird die Zukunft lehren, und wenn er sich den Nachschlägen seines Vorgängers anbequemen sollte, haben wir nichts Gutes zu erwarten, besonders wenn er, wie es heißt, einen russenfreundlichen Kurs einschlagen und neue Anknüpfungen mit Sowjetrußland sichern will. Schon 1922 hat er auf einer Reise nach Moskau nach dieser Richtung hin gewirkt, und jetzt ist ihm Gelegenheit gegeben, der Faden wieder aufzunehmen, da die Russen nach ihrem Abfall in der Londoner Konferenz durch Verstärkung ihrer Handelsbeziehungen zu Frankreich Entgegenkommen zeigen. Wenn Painlevés Kammerpräsident werden sollte, findet er in ihm einen willfährigen Bundesgenossen. Dabei ist allerdings anzumerken, daß Stimmen auf der Linken laut werden, die keineswegs für eine Bevormundung ihrer Politik im Sinne Poincarés zu haben sind, sondern die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis ziehen wollen.

Daß der abtretende Premierminister seinen Nachfolger ebenso wie den englischen Premier beeinflussen möchte, ist unverkennbar. Er läßt verbreiten, seine Sanktionspolitik werde von Herriot fortgeführt werden, und sein letzter Brief an MacDonald verrät gleichfalls, daß er noch immer nicht der angenehmen Beschäftigung des Drahtziehens hinter den Kulissen entsagt hat. Das kann er um so ungehinderter tun, als ihm in der Person des Staatspräsidenten Millerand eine Rückenbedeckung gegeben ist.

An diesem Punkte hat die Opposition eingesehen. Dieser Präsident war den Radikalen von jeher ein Dorn im Auge, felt er, der Pariser Typ des Kleinbürgers, sich dem Marxismus verschrieb, um ihn als Abtrünniger zu verraten. Das geschah, als ihn Waldeck-Rousseau mit dem Handelsministerium betraute. Damals war der Marquis de Gallifet, der Vernichter der Pariser Kommune, Mitglied des Kabinetts, und das Witzblatt „Le Rive“ stellte damals Waldeck-Rousseau als Maire dar, der die Ehe des Leuschen, als Braut im Schleier auftretenden Millerand mit dem „brillanten“ Marquis im Namen des Befehes vollzog. Das war Mitte 1899. Seitdem hat der ehemalige Advokat als Minister des Handels, der Öffentlichen Arbeiten, des Krieges gewirkt, wurde Anfang 1920 Ministerpräsident und übernahm im September desselben Jahres die Präsidentschaft der französischen Republik.

Diese Wandlungsfähigkeit könnte erwarten lassen, daß er sich den Wünschen der Opposition von heute fügen würde. Aber man mißtraut ihm und über Nacht wird an seinem Präsidentenstuhl gerüttelt. Die

Sozialdemokraten vergeben ihm niemals die Mariage mit Gallifet und da sie ausschlaggebend für die Entwicklung der politischen Lage sind, benutzen sie die Gunst des Augenblicks, um den Verhassten endlich zu stürzen. Er soll den Elisee-Palast räumen, und zwar um Painlevés Platz zu machen. Die Ernte ist schnittreif, und die Beschlüsse der radikal-sozialistischen, republikanisch-sozialistischen und sozialistischen Parteien sowie ihrer Presse lassen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: „Fort muß du, deine Uhr ist abgelaufen!“ Dem Mantel Poincarés soll der Herzog in Gestalt Millerands nachfolgen. Man gibt seiner Politik nicht nur Schuld an der Krise des Franken, sondern erinnert auch an sein Verhalten in Cannes, wo er die von Briand geführten Verhandlungen zum Scheitern brachte, und man würde es, wie ein französischer Journalist hervorhebt, nicht verstehen, „wenn nach derartigen Erfahrungen sich ein Ministerpräsident dazu herbeiließe, unter händigen Drohungen“.

Angriffe von dieser Schärfe sind ernst zu nehmen; sie drücken in diesem Falle die Meinung einer Mehrheit aus, die aufs Ganze zu gehen beabsichtigt und durch die Wahl Painlevés Verständnis für Möglichkeiten bekundet. Wird er am 3. Juni zum Kammerpräsidenten gewählt, so ist damit ein Sprungbrett für ihn geschaffen und die Atmosphäre gereinigt. Es wäre ungerecht, einen Poincaré zu beseitigen und seinen Generalissimus weiterleben zu lassen. Wir werden bald erfahren, ob der von links wehende Wind sich zu einem Millerand fallenden Sturm steigert. B. M.

Die neuen Beamtengehaltssätze.

Die neuen Gehaltssätze für die Beamten, deren Heraussetzung wir bereits meldeten, belaufen sich für die einzelnen Gruppen auf folgende Summen:

Gruppe I:	804—1068	Goldmark
II:	876—1176	„
III:	960—1284	„
IV:	1104—1478	„
V:	1290—1728	„
VI:	1596—2280	„
VII:	2100—3120	„
VIII:	2400—3600	„
IX:	2820—4110	„
X:	3600—5400	„
XI:	4200—6300	„
XII:	4800—7200	„
XIII:	6300—9600	„
Einzelgehälter:	1. 10 500	Goldmark
	2. 12 000	„
	3. 13 500	„
	4. 14 400	„
	5. 18 000	„
	6. 27 000	„
	7. 30 000	„

Kinderzulagen 16, 18, 20 Mark monatlich. Frauenzulagen 10 Mark monatlich. Der besondere örtliche Zuschlag ist für den Westen von 22 auf 15 Prozent, für Hamburg, Berlin auf 5 Prozent herabgesetzt.

Herriot will die Ruhrbesetzung nur „lockern“.

Der Pariser Korrespondent der Times hatte eine Unterredung mit Herriot in Lyon. Herriot sagte, das neue Kabinett würde vor dem 5. Juni nicht beisammen sein. Wenn er zur Macht käme, würde er kein Mitleid mit der Opposition haben, die jetzt wieder den Sturz des Franken herbeiführt habe, weil sie wisse, daß sich ein Sturz immer die Lage der Demokratie verschlimmere. Herriot schloß mit den Worten: „Mit welchen Männern ich auch zu tun haben möge und welchen Ländern sie auch angehören mögen, ich werde doch immer denselben guten Willen von ihnen verlangen, den ich selbst ihnen entgegenbringe. Ich betone meine Absicht, die Rechte meines Landes energisch zu verteidigen.“

In einer Unterredung mit dem Vertreter der deutschfeindlichen Daily Mail soll Herriot gesagt haben, er hoffe

in zwei bis drei Wochen nach England zu kommen. „Sobald ich die Ministerpräsidentenschaft übernommen haben werde, werde ich Ramsay MacDonald meinen Besuch machen. Was die Reparationsfrage und das Gutachten der Sachverständigen angeht, so werde ich in alle Versprechungen der deutschen Regierung keineswegs blindes Vertrauen haben. Die Ruhrbesetzung wird nur insoweit gelockert, als es notwendig ist, Deutschland die notwendigen wirtschaftlichen Kräfte zu geben, um die Bezahlung seiner Reparationsschulden ausführen zu können. Daraus dürfte aber nicht gefolgert werden, daß man einem widerstrebenden Schuldner auch noch die Werkzeuge ausstatten wolle, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.“

Reparationspflicht und Kriegsschuldfrage.

Der bekannte englische Volkswirtschaftler Prof. Keynes, der zu den ersten lebenden Kennern der Finanzpolitik zählt, hat dem Sachverständigen-Gutachten in einem deutschen Blatt (Hamburger „Wirtschaftsdienst“) eine Kritik zu teil werden lassen, die, bei aller Anerkennung der geleisteten tüchtigen Arbeit, an Bosheit gegenüber den völlig verfahrenen politischen und wirtschaftlichen Zuständen im heutigen Europa nichts zu wünschen übrig läßt. Keynes nennt das Dawes-Gutachten den „bis her besten Beitrag zu einem unmöglichen Problem“. Er meint hierzu:

„Er schafft eine Atmosphäre der Unparteilichkeit und verrät wissenschaftliche Durcharbeitung und tiefe Kenntnisse. Obgleich die Sprache manchmal der Sprache eines gelunden Menschen vergleichbar scheint, der im Irrenhaus (!) sich selbst den Zinsfuß anpassen (!) muß, verliert sie dennoch niemals ihren vernünftigen Sinn. Obwohl der Bericht manchmal mit dem Unmöglichen ein Kompromiß schließt und sogar Unmögliches in Erwägung zieht (!), schreibt er doch niemals das Unmögliche vor. Diese Fassade und diese Illäre werden vielleicht nie Gestalt gewinnen in einem wirklich errichteten Gebäude (!). Und doch ist der Bericht ein ehrenvolles Dokument und eröffnet ein neues Kapitel.“

Das ist vielleicht die vernichtendste Kritik, die eine sachkundige und objektive Autorität ersten Ranges üben konnte, nicht etwa am Bericht selbst, dem volle Anerkennung widerfährt, sondern an dem Rücken, aus dem dieser Bericht hervorgegangen ist. Die Lösung der Reparationsfrage selbst wird als vortrefflich bezeichnet, aber die Grundlage des Reparationsproblems, die moralische wie die wirtschaftliche, wird als aus der Atmosphäre des „Irrenhauses“ entsprungen gebrandmarkt. Daraus ergibt sich für die neue deutsche Regierung ein überaus wertvoller Wink: wir müssen zugleich mit der Erörterung der Reparationsangelegenheit, der wir uns nicht entziehen dürfen, wenn wir nicht der Welt als Störenfriede erscheinen und Poincaré den größten Gefallen erweisen wollen, eine wichtige Offensive auf breiterer Front gegen die Grundlage der Reparationspflicht, die Kriegsschuldfrage, unternehmen, mit der das ganze Problem steht und fällt. Das ist jetzt die vornehmste und wichtigste außenpolitische Pflicht der neuen Regierung.

Inland und Ausland

Berliner Reise des Fürsten Bälou. Die Epoca glaubt zu wissen, daß Fürst Bälou demnächst nach Berlin reisen werde, um mit der Reichsregierung und seinen Freunden Besprechungen abzuhalten. Diese Reise stünde in Verbindung mit dem Wunsche gewisser deutscher Kreise, daß Fürst Bälou entweder Reichspräsident oder Reichkanzler werden soll.

Erfurt Garnison. Vom Reichswirtschaftsministerium ist dem Magistrat Erfurt mitgeteilt worden, daß der Reichspräsident die Verlegung des Reiterregiments Nr. 16 nach Erfurt genehmigt hat. Damit ist Erfurt Garnisonstadt geworden.

Schacht-Wärchen. Nach Londoner Meldungen soll die Bank von England von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein Telegramm erhalten haben, in dem mitgeteilt werde, die Deutsche Regierung habe Befehl gegeben, denjenigen Großindustriellen, die die nationalistische Wahlkampagne gegen den Dawes-Bericht unterstützt hätten, alle Staatsrechte zu entziehen. Diese Meldungen sind wie uns